



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
- L 214 -

Kiel, 9. Juli 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 610 1180
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*59. Sitzung des **Wirtschaftsausschusses***

*am Mittwoch, dem 8. Juli 2015,
im Sitzungszimmer 122 des Landtages*

Beginn: 10:10 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung nahm der Wirtschaftsausschuss den **Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein** der Landesregierung, [Drucksache 18/2558](#), zur Kenntnis. Finanzministerin Heindold sagte zu, dem Ausschuss Antworten auf Detailfragen zuzuleiten. Der Ausschuss nahm in Aussicht, den Bericht nach Vorliegen der Antworten weiter zu beraten.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Keine Mineralölsteuererhöhung**, [Drucksache 18/2903](#), abzulehnen.

Sodann nahm der Ausschuss folgende Berichte der Landesregierung entgegen, an die sich jeweils eine Diskussion anschloss:

- **Fernverkehrskonzept der Deutschen Bahn und der Auswirkungen für Schleswig-Holstein**
Antrag der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/4599](#)
- **Auswirkungen der Sparvorschläge der Deutschen Bahn zur geplanten neuen S-Bahnlinie S 4 nach Bad Oldesloe**
Antrag der Fraktion der FDP, [Umdruck 18/4606](#)
- **Sachstandsbericht über die Bewilligung von EFRE-Fördermitteln und die zugrundeliegenden Förderrichtlinien**
Antrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/4560](#)
- **Sachstandsbericht der Planungen zur Verbesserung des Lärmschutzes an der A 1**
Antrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/4568](#)

- **Bericht der Landesregierung über anhängige Gerichtsverfahren, bei denen es um die Zulässigkeit oder Wirksamkeit in der Vergangenheit veräußerter Seewasserstraßenflächen geht, und Pläne zur Veräußerung weiterer öffentlicher Seewasserstraßenflächen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/4605](#)

Mit Zustimmung des Antragstellers empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Fehmarnsundtunnel zügig planen**, [Drucksache 18/2367](#), für erledigt zu erklären. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag sodann den Antrag der Fraktion der FDP betreffend **Gesamtkonzept für eine neue Fehmarnsund-Querung**, [Drucksache 18/2323](#), in der durch den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/4607](#), geänderten Fassung zur Annahme.

Den Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Schaffung von Anreizen für einen flexibleren Übergang in die Rente**, [Drucksache 18/2905](#), empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP zur Ablehnung.

Zum Antrag der Fraktion der FDP betreffend **Unternehmensgründungen erleichtern**, [Drucksache 18/3085](#), und dem dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3117](#), beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer bis Freitag, 17. Juli 2015, zu benennen.

Die Berichte der Landesregierung betreffend **Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring 2015**, [Drucksache 18/3074](#), **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015**, [Drucksache 18/2750](#), sowie **Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte - Europabericht 2014-2015**, [Drucksache 18/2976](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Einstimmig beschloss er den Terminplan für das Jahr 2016, [Umdruck 18/4572](#).

Den Antrag der Fraktionen von PIRATEN und FDP betreffend **Kein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger durch „Section Control“ auf unseren Straßen**, [Drucksache 18/2694](#) (neu, 2. Fassung), setzte der Ausschuss von der Tagesordnung mit der Maßgabe ab, ihn im September zu behandeln.

Schluss: 13:15 Uhr

gez. Thomas Wagner